

Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für Bildung, Forschung und Innovation

Gemeinsam. Europa wieder stark machen.

Juli – Dezember 2020



Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für Bildung, Forschung und Innovation Juli – Dezember 2020

I. Exzellente Bildung, Forschung und Innovation für ein widerstandsfähiges, souveränes und nachhaltiges Europa

2020 ist das Jahr, in dem Europa und die Welt vor einer der größten Herausforderungen unserer Zeit stehen. Die COVID-19-Pandemie führt uns vor Augen, wie verletzlich nicht nur unsere Gesundheitssysteme, sondern auch unsere Bildungssysteme, unsere Wirtschaft und die demokratischen Gesellschaften in Europa und der Welt sind. Gleichzeitig zeigt sie uns, dass wir viele Aufgaben als Europäerinnen und Europäer nur gemeinsam erfolgreich bewältigen können. In den kommenden Wochen und Monaten wird es darauf ankommen, diese Krise zusammen zu meistern und gemeinsam Schritte zur Überwindung und Erholung zu gehen. Exzellente Bildung, Forschung und Innovation sind dabei zentral, sowohl kurzfristige Antworten auf die Pandemie zu geben als auch Motoren für ein widerstandsfähiges, souveränes und nachhaltiges Europa nach der Krise zu sein.

Die Krise bewältigen

Im Sinne politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Vorsorge gilt es – aufbauend auf den Initiativen der kroatischen EU-Ratspräsidentschaft – die Widerstands- und Handlungsfähigkeit Europas ins Zentrum der Anstrengungen zu stellen. Daher wird die deutsche EU-Ratspräsidentschaft einen Schwerpunkt auf den Bereich der medizinischen Bekämpfung der Corona-Pandemie und der globalen Gesundheitsvorsorge (einschließlich der Vermeidung von Pandemien) setzen. Dabei ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Forschung entscheidend, um die Pandemie zu bekämpfen und Impfstoffe zu entwickeln. Auf der Grundlage einer umfassenden Aufarbeitung der gegenwärtigen Pandemie gilt es, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen und Vorsorge für eine stärkere Widerstandsfähigkeit Europas gegenüber zukünftigen Krisen zu treffen.

Wege aus der Krise

Europa kann gestärkt aus der Krise hervorgehen, wenn es die Chancen ergreift, die sich daraus ergeben. So zeigt sich in vielen Bereichen ein Digitalisierungsschub, der sowohl im Sinne einer exzellenten Bildung und Ausbildung als auch hinsichtlich der technologischen Souveränität und

Innovationsfähigkeit Europas vorangetrieben werden muss. Eine zentrale Rolle spielt die digitale Bildung über alle Lebensphasen hinweg. Verbesserte Bildungschancen tragen entscheidend zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Stabilität unserer Gesellschaften bei und damit auch zur Festigung unseres demokratischen Fundaments. Gleichzeitig sind qualifizierte Fachkräfte – akademische wie beruflich gebildete – jetzt entscheidend für die Zukunftsfähigkeit des Kontinents. Deshalb wird das Thema „Digitale Bildung“ – über alle Bildungsebenen hinweg, einschließlich der beruflichen Aus- und Weiterbildung – ein weiteres Schwerpunktthema der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sein.

Die Suche nach neuen Therapieansätzen und Impfstoffen ist eine Grundvoraussetzung, um Pandemien zu bewältigen und Krankheiten bekämpfen zu können, für die ein hoher medizinischer Bedarf besteht. Die Stärkung der pharmazeutischen Forschung und Medikamentenentwicklung ist daher ein erklärtes Ziel der Bundesregierung, das auch zu einem Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 wird.

Die Corona-Pandemie zeigt uns auch, wie anfällig und verletzlich unsere Wirtschaft in Zeiten der Globalisierung ist und dass sich Europa einem härteren Wettbewerb stellen müssen. Die derzeit ergriffenen Maßnahmen zur Bewältigung der Krise werden gravierende negative wirtschaftliche und soziale Folgen haben. Der Wettbewerbs- und Innovationsdruck wird sich – wegen dieser angespannten wirtschaftlichen Lage in fast allen Ländern – weiter erhöhen. Deshalb bedarf es jetzt mehr denn je der Stärkung der technologischen Souveränität sowie Handlungsfähigkeit Europas durch eine ambitionierte Dynamisierung (Neuorientierung) des Europäischen Forschungsraums (EFR). Der EFR muss deshalb zu einem Motor für den Wandel in Europa werden, indem Gesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik aktive Partner bei der Gestaltung, Umsetzung und Verbreitung von Wissen werden. Dabei muss diese neue Rolle des EFR von allen Mitgliedstaaten getragen werden und darf nicht als „Elitenprojekt“ wahrgenommen werden. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft wird sich dafür einsetzen, das Potenzial zur Zusammenarbeit vollständig zu heben und den Wissensaustausch zwischen den nationalen Forschungs- und Innovationssystemen möglichst nahtlos und solidarisch zu gestalten. Nur so wird Europa die wirtschaftlichen Folgen langfristig bewältigen und gestärkt aus der Corona-Krise hervorgehen können.

Die großen Herausforderungen des Klimawandels und des drohenden Verlusts natürlicher Grundlagen mit ihren gravierenden Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft bestehen nach wie vor. Gerade wenn Europa und die Mitgliedstaaten große Konjunkturmaßnahmen auf den Weg bringen, um einen raschen Aufschwung der Wirtschaft in Europa zu ermöglichen, gilt es, diesen auch unter Einsatz der Mittel von Forschung, Bildung und Innovation nachhaltig und zukunftsorientiert zu gestalten. Deshalb ist und bleibt die Umsetzung des europäischen Grünen Deals eine politische Priorität der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

Zudem bedarf es einer deutlich besseren Interaktion des Wissenssystems mit der übrigen Gesellschaft, um Akzeptanz und Relevanz von Wissen in der Gesellschaft zu erhöhen und Prioritäten in Forschung und Innovation durch gesellschaftliche Bedürfnisse zu prägen. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 wird durch die Citizen-Science-Kampagne „Plastic Pirates“ zusätzlich einen

Akzent im Hinblick auf das unmittelbare Engagement - insbesondere junger Menschen - durch Beteiligung an gemeinsamen EU-Forschungsprojekten setzen. Auf diese Weise werden (Aus-)Bildungs- und Forschungsaspekte verknüpft. Außerdem soll zum einen das Interesse von jungen Menschen an den MINT-Fächern europaweit geweckt und zum anderen das Vertrauen der Gesellschaft in Wissenschaft und Forschung gestärkt werden.

Die Zusammenarbeit mit den Partnern der Triopräsidentschaft – Portugal und Slowenien – ist vor dem Hintergrund der nachhaltigen Bewältigung der Krise von noch größerer Bedeutung. Wir werden die 18 Monate unserer Präsidentschaften nutzen, Europa durch Bildung, Forschung und Innovation gemeinsam und abgestimmt aus der Krise zu führen.

i. Für ein widerstandsfähiges Europa

Pharmazeutische Forschung in Europa stärken

Neue Arzneimittel zur Therapie und Impfstoffe zur Vorbeugung von Krankheiten werden dringend benötigt. Die Entwicklung neuer Wirkstoffe ist ein langer, teurer und risikoreicher Prozess. Eine Verbesserung des Technologie- und Ideentransfers zwischen Wissenschaft und Industrie und der Ausbau einer bedarfsgerechten biomedizinischen Förderlandschaft (auch für kleine und mittelständische Unternehmen) werden hierbei entscheidend sein.

Es gilt daher gerade jetzt, die richtigen Impulse zu setzen und durch gezielte Forschungsförderung die Basis für eine Medikamentenwertschöpfung zu schaffen. Neue Initiativen sollen die Risiken für pharmazeutische Forschungs- und Entwicklungsprojekte abmildern, Kooperationen unterstützen und den Wissenstransfer verbessern. Die Stärkung der pharmazeutischen Forschung und Medikamentenentwicklung ist daher ein erklärtes Ziel der Bundesregierung, das auch zu einem Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in diesem Jahr wird.

Pandemieforschung: Erfahrungen aufarbeiten und Resilienz stärken

Forschung und Entwicklung sind essentielle Elemente in der Bewältigung und bei der Prävention von Gesundheitskrisen. Die Erfahrungen der Corona-Pandemie müssen genutzt werden, um nicht nur die aktuelle Krise zu bewältigen, sondern auch Voraussetzungen zu schaffen, um in Zukunft eine schnellere und effizientere Antwort von Forschung und Wissenschaft auf Gesundheitskrisen zu ermöglichen.

Neben der dringenden Entwicklung von Impfstoffen, Therapeutika und Diagnostika soll mit einer Public Health Forschungsoffensive als Beitrag für resiliente (Gesundheits-)Systeme der Blick geweitet und ein systemischer Ansatz verfolgt werden. Sowohl für die fundierte Aufarbeitung der aktuellen Pandemie (ex-post-Analyse), die daraus folgende Ableitung von effektiven Praktiken als auch für die Entwicklung von zukunftsgerichteten Strategien und Strukturen für resiliente

Gesellschaften und Gesundheitssysteme sind disziplinübergreifende Ansätze nötig. Hierfür wollen wir alle relevanten Stakeholder auf europäischer Ebene zusammenbringen.

Bildung: Mehr Resilienz durch Innovationen

Die Corona-Krise hat uns gezeigt, dass wir Bildungssysteme langfristig krisenfester gestalten müssen. Hierzu gehört zum Ersten, dass diese stärker über rein kognitives Wissen hinausgehende Kompetenzen fördern. Zudem muss die Kompetenz im Umgang mit digitalen Medien und didaktisch-methodischen Konzepten gestärkt und die Bereitstellung von alternativen Lern-Infrastrukturen für jede und jeden verbessert werden. Schließlich leistet die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) einen wichtigen Beitrag zur allgemeinen Krisenfestigkeit.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft wird sich dafür einsetzen, dass Digitalisierung ein zentrales Element in der neuen Agenda für Kompetenzen der Europäischen Kommission, dem Aktionsplan für digitale Bildung und der Ratsempfehlung zur Berufsbildung ist. Die Nutzung digitaler Lösungen der neuen Europass-Plattform wird ebenfalls eine prominente Rolle spielen. Darüber hinaus wird ein Call for Action der EU-Staaten zur Unterstützung von BNE angestrebt.

Europäisches KI-Netzwerk „AI made in Europe“

Künstliche Intelligenz ist heute eine der Schlüsseltechnologien für Innovationen und ein wichtiger Motor für Wirtschaftswachstum und Produktivität. Besonders in Zeiten einer sich abschwächenden Konjunktur kann der Einsatz von Künstlicher Intelligenz dazu beitragen, Wirtschaft und Produktion effizienter, nachhaltiger und bedarfsorientierter zu gestalten, dadurch Klima und Umwelt zu schonen und neue Entwicklungen z.B. in der Gesundheitsforschung und der Modellierung von pandemischen Ausbreitungen zu ermöglichen.

Dazu gilt es die bestehenden Kompetenzen in der Europäischen Union als größter KI-Think Tank der Welt weiterzuentwickeln und zu einem weltweit führenden Europäischen KI-Netzwerk auszubauen, das dezentral den Transfer von KI-Anwendungen in die Praxis unterstützt. Ausgangspunkt sollten erfolgreich etablierte nationale und multinationale Strukturen, wie u.a. das Netzwerk der deutschen Kompetenzzentren für KI-Forschung sowie das deutsch-französische KI-Forschungs- und Innovationnetzwerk sein. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft wird sich dafür einsetzen, solche exzellenten Strukturen zu stärken, vorhandene Expertise in der gesamten Bandbreite zu mobilisieren und in einem europäischen KI-Netzwerk mit internationaler Strahlkraft zu bündeln.

Mit dem Weißbuch zur Künstlichen Intelligenz hat die Europäische Kommission ein Konzept für Exzellenz und Vertrauen vorgelegt. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft wird diesen Prozess unterstützen und sich für eine verantwortungsvolle, gemeinwohlorientierte und menschenzentrierte Entwicklung und Nutzung von KI und einen gemeinsamen ordnungspolitischen Rahmen einsetzen. Dabei ist wesentlich, die Erforschung und Entwicklung von KI weiter voranzubringen, den Transfer von Forschungsergebnissen in die Anwendung zu optimieren, Angebote für KMU zu entwickeln und

einen starken Datenbinnenmarkt zu schaffen. Durch eine Regulierung sollten Chancen und Risiken adressiert, das Vertrauen in KI gestärkt und Innovationen nicht behindert werden.

ii. Für ein souveränes und nachhaltiges Europa

Digitale Bildung

Die Corona-Krise zeigt deutlich, wie wichtig digitale Bildung in Europa ist - selbstreflexiver Umgang, technische Kompetenzen, Medienkompetenz, Nutzung digitaler Medien und Angebote ebenso wie deren Gestaltung und vieles mehr. Digitale Bildung ist langfristig ein Schlüsselement für mehr und bessere Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit in Europa.

In der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wollen wir mit zahlreichen Initiativen digitale Bildung in ihren unterschiedlichen Facetten in den Mittelpunkt rücken und im Kontext der Umsetzung des Europäischen Bildungsraumes weiterentwickeln. Ziel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ist es, Aspekte digitaler Bildung nicht auf individuelle Kompetenzen einzelner Menschen zu verengen, sondern digitale Bildung in ihrer gesellschaftlichen Dimension eines Kulturwandels zu verstehen.

Verbesserte Bildungschancen tragen entscheidend zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zur Stabilität unserer Gesellschaften bei und damit auch zur Festigung unseres freiheitlich-demokratischen Fundaments. Es zeigt sich, wie wichtig für die Entfaltung jeder einzelnen Person eine Kultur des Miteinanders, der Erneuerung und Offenheit zwischen Bildungseinrichtungen und zwischen den verschiedenen nationalen Bildungssystemen ist. Wir wollen daher digitale und transformative Elemente in Bildungssystemen und Bildungsinstitutionen durch europäische Zusammenarbeit und gegenseitigen Austausch stärken. Deshalb wird das Thema „Digitale Bildung“ – über alle Bildungsebenen hinweg (einschließlich der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung) – ein Schwerpunktthema der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sein.

Fortsetzung des Kopenhagen-Prozesses zur Stärkung der beruflichen Bildung

Im Zeitalter von Digitalisierung, veränderten Anforderungen in der Berufs- und Arbeitswelt und der demografischen Entwicklung kommt der beruflichen Bildung eine Schlüsselrolle zu. Die Anforderungen für Fachkräfte sind in vielen Bereichen anspruchsvoller geworden. Die berufliche Bildung soll jungen Menschen und Erwachsenen durch Ausbildung, Weiterbildung und lebenslanges Lernen berufliche Perspektiven eröffnen und sie auf die Arbeitsplätze der Zukunft vorbereiten.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft wird besondere Anstrengungen beim Ausbau der digitalen Bildung unternehmen, um kontinuierliche qualitative Bildungsmöglichkeiten für jede und jeden zu sichern. Diese Anstrengungen müssen in der europäischen Zusammenarbeit mit der Qualifizierung der Lehrenden einhergehen. Nationale Plattformen für modernes, digital gestütztes Lernen und

Lehren sollen sich dabei auf das neue Europass-Portal beziehen. Die Berufsbildung unterstützt Betriebe, den Fachkräftemangel zu beheben und ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe. Neben der fachlichen Qualifizierung fördert sie die Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung. Sie übernimmt eine bedeutende Sozialisierungs- und Allokationsfunktion von Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch ganzheitlich angelegte Bildungsprozesse. Dadurch werden sie zur Erfüllung beruflicher Anforderungen sowie zur nachhaltigen Mitgestaltung der Arbeitswelt und der Gesellschaft in sozialer, ökonomischer, ökologischer und individueller Verantwortung befähigt. Berufliches und gesellschaftliches Handeln stehen damit im unmittelbaren Zusammenhang und bedingen einander.

Weitere Schwerpunkte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sind u.a. den europäischen Bildungsraum zu vertiefen, die Gleichwertigkeit der beruflichen mit der akademischen Bildung voranzutreiben sowie die Durchlässigkeit von der akademischen in die berufliche Bildung zu verbessern. Menschen in Arbeitsverhältnissen, die aufgrund der Digitalisierung nicht zukunftsfähig sind, müssen während ihrer Berufstätigkeit die Möglichkeit zur Fort- und Weiterbildung erhalten.

Die grenzübergreifende Zusammenarbeit gilt es durch Netzwerke und Fördermaßnahmen in der beruflichen Bildung (Mobilität, Erasmus+, Vernetzung, Wettbewerbe, Transparenz) zu stärken. Bestehende Initiativen und Instrumente für eine praxisnahe Berufsbildung wie z.B. die Europäische Ausbildungsallianz sollen in Europa gemeinsam weiterentwickelt werden, damit die europäischen Gesellschaften fit für den digitalen und ökologischen Wandel werden.

In der geplanten „Osnabrück Erklärung“ sollen diese Ziele verankert werden und damit dem Kopenhagen-Prozess einen neuen Impuls geben.

Ein dynamischer und schlagkräftiger Europäischer Forschungsraum (EFR)

Den Europäischen Forschungsraum zu einem Katalysator zur Umsetzung einer verbesserten Widerstandskraft Europas gegenüber Krisen und zu einem Treiber für den Wiederaufbau Europas, ausgerichtet auf die Ziele des europäischen Grünen Deals, weiterentwickeln.

Forschung und Innovation spielen eine Schlüsselrolle bei der Eindämmung und Bewältigung der aktuellen Krise.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Abstimmung in Europa muss künftig weiter verbessert werden. Die Stärkung der Widerstandskraft in ganz Europa gegenüber künftigen Krisen ist von erheblicher Bedeutung. Unser „Way of Life“ in Europa und unser europäisches Wohlstandsmodell sind zu schützen und auszubauen. Der Europäische Forschungsraum ist dabei das Instrument und Bindeglied für diese beiden Dimensionen. Die weitere Stärkung des EFR ist deshalb zentrales Ziel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

Die Europäische Kommission plant, eine Mitteilung zum Europäischen Forschungsraum vorzulegen, die beide Dimensionen prominent berücksichtigen soll. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft beabsichtigt in diesem Sinne Ratsschlussfolgerungen zu verabschieden.

Den EFR gilt es hinsichtlich verschiedener Aspekte substantiell zu stärken. So sollte die Forschungsförderung und –politik auf nationaler und europäischer Ebene partizipativer ausgerichtet werden, d.h. mehr als bisher muss der unmittelbare Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und der Gesellschaft gesucht werden. Das beginnt bei der inhaltlichen Ausrichtung von Förderprogrammen (co-design) und setzt sich bei der Durchführung fort (co-production). Darüber hinaus werden der dynamische technologische Fortschritt und insbesondere der Prozess der Digitalisierung in der Gesellschaft weitreichende Transformations- und Veränderungsprozesse auslösen, die alle europäischen Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betreffen. Eine wertegeleitete und freie Wissenschaft leistet einen unverzichtbaren Beitrag zu mehr gesellschaftlicher Widerstandskraft und bildet gleichzeitig die Grundlage für angewandte Forschung und Innovation. Deshalb muss sie ein zentraler Pfeiler des EFR bleiben.

Darüber hinaus muss der neu ausgerichtete EFR konkrete Beiträge zur erfolgreichen Umsetzung der Ziele des europäischen Grünen Deals für eine klimaneutrale, ressourceneffiziente und nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft leisten.

Insbesondere die Corona-Krise hat in Europa die Notwendigkeit von technologischer Souveränität auf Schlüsselfeldern vor Augen geführt. Dem EFR kommt auf dem Weg zur technologischen Souveränität eine maßgebliche Rolle zu.

Forschung kann entscheidende Beiträge zum Zusammenhalt in Europa und zur Lösung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme leisten. Der Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedstaaten untereinander und der EU kommt deshalb eine ganz besondere Bedeutung bei der Dynamisierung des EFR zu. Deshalb ist die Stärkung des EFR eine wichtige politische Priorität der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

Von der Montanunion zur Wasserstoffunion – klimaneutrale Energie für Europas Industrie, Verkehr und Energiewirtschaft

Die Anfänge der europäischen Einigung liegen in der Kohle- und Stahlgemeinschaft. Die aktuelle Herausforderung liegt darin, die europäische Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig und zukunftsfähig auszurichten - gerade auch bei der Energieversorgung. Dabei ist die Corona-Krise Anlass und Beschleuniger zugleich. Denn sie zwingt uns, alte Pfadabhängigkeiten zu verlassen und bislang Selbstverständliches neu zu denken. Dieses Momentum vereinfacht dringend benötigte Anpassungsleistungen - etwa hin zu stabileren und verlässlichen Wertschöpfungsketten.

Grünem Wasserstoff kommt als universell einsetzbarem Energieträger und -speicher eine Schlüsselrolle zu, bei der Sektorkopplung von Strom, Industrie, Wärme und Mobilität, dem Aufbau

eines integrierten europäischen „Supergrids“ sowie insbesondere beim Energieimport. Deutschland und viele andere EU-Mitgliedstaaten werden auch weiterhin auf Energieimporte angewiesen sein.

Eine enge europäische Zusammenarbeit ist dabei zwingend erforderlich: Aspekte wie die Erzeugung grünen Wasserstoffs in wind- und/oder sonnenreichen Gebieten und dessen Verteilung bedürfen zwangsläufig der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Deshalb werden wir auf europäischer Ebene internationale Forschungsk Kooperationen im Bereich Grüner Wasserstoff insbesondere mit Staaten in Afrika und mit Australien vorantreiben. Aber auch ein innovationsfreundliches Ordnungsrecht ist ohne die europäische Dimension nicht zu erreichen. Gleiches gilt für die erheblichen Investitionen, um die international wettbewerbsfähige europäische Wasserstoffwirtschaft Realität werden zu lassen.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft wird sich dafür einsetzen, Investitionen in Forschung, Entwicklung und Demonstration für grünen Wasserstoff zu priorisieren und im Rahmen eines wichtigen Vorhabens von gemeinsamem europäischem Interesse („Important Project of Common European Interest“, IPCEI) den Bereich Wasserstofftechnologien und -systeme auf EU-Ebene voranzutreiben.

Von der Montanunion zur Digitalunion – Technologische Souveränität als Voraussetzung europäischer Souveränität ausbauen

Der globale technologische Wettbewerb hat sich in der zurückliegenden Dekade immer weiter verschärft. Europa droht mittelfristig in wichtigen zukunftssträchtigen technologischen Bereichen den Anschluss zu verlieren. Gleichzeitig hat die Corona-Krise deutlich gemacht: Europa muss digital und technologisch souveräner werden. Deshalb muss es das Ziel zukünftiger Forschungs- und Entwicklungspolitik auf europäischer Ebene sein, die technologische Souveränität Europas in ausgewählten Schlüsselbereichen zu erhalten und weiter auszubauen.

Zur technologischen Souveränität tragen insbesondere eine sichere Kommunikationsinfrastruktur (wie z.B. die Quantenkommunikation) und ein vertrauenswürdiger Europäischer Datenraum (wie z.B. der International Data Space) signifikant bei. Grundlage hierfür sind exzellente Forschungs- und Innovationsleistungen in den Schlüsseltechnologien, wie z.B. in der vertrauenswürdigen Mikroelektronik, im Höchstleistungsrechnen und künftig beim Quantencomputing. Wo nötig, sollten solche technologischen Maßnahmen flankiert werden durch regulatorische Maßnahmen, die der hohen Bedeutung europäischer Werte Geltung verleihen (vgl. Signalwirkung der Datenschutzgrundverordnung für Märkte außerhalb Europas).

Neben exzellenter Forschung und Entwicklung liegt ein weiterer Schwerpunkt auf strukturbildenden Maßnahmen sowie dem Transfer von Ergebnissen in die unternehmerische Praxis. Dabei sollen noch stärker die bestehenden Instrumente auf europäischer Ebene, wie das Programm Horizont Europa, Digital Europe Programme (DEP), Connecting Europe Facility (CEF) und InvestEU verzahnt werden,

um somit zukünftig noch besser als bisher diesen Transfer und damit Wertschöpfung in Europa zu befördern.

Darüber hinaus werden die folgenden europapolitischen Initiativen auf den Weg gebracht bzw. weiter vorangetrieben werden:

- Errichtung einer europäischen Cloud / Europäisierung von GAIA-X durch ein IPCEI „Daten“
- Etablierung einer europäischen Forschungs- und Investitionsmaßnahme zur Elektronik (IPCEI „vertrauenswürdige Elektronik“)
- Etablierung eines Joint Undertakings zu Künstlicher Intelligenz.

Partizipation in Wissenschaft und Forschung fördern, Wissenschaftsmündigkeit stärken

Bürgerwissenschaft macht Forschung erlebbar und stärkt das Vertrauen in die Wissenschaft. Forschung profitiert durch das Wissen der Vielen. Bürgerwissenschaften werden so zum Innovationstreiber, der neue Erkenntnisse schnell in der Gesellschaft verankert. Gleichzeitig wird der Austausch zwischen Forschung und Gesellschaft befördert und Wissenschaftsmündigkeit gestärkt.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 wird zusammen mit den Trio-Partnern Portugal und Slowenien eine gemeinsame Citizen-Science-Kampagne „Plastic Pirates“ umsetzen. Im Mittelpunkt steht dabei ein gemeinsames Forschungsprojekt. Jugendliche aus diesen drei Ländern sammeln Daten zu Plastikeinträgen über Flüsse in die Ozeane, die Grundlage für ein gemeinsames Forschungsprojekt sind. Auf diese Weise werden Bildungs- und Forschungsaktivitäten verknüpft, das Interesse von jungen Menschen an den MINT-Fächern wird europaweit geweckt und das Vertrauen der Gesellschaft in Wissenschaft und Forschung gestärkt.

Zudem sollen Initiativen wie die EU Code Week als Impuls für die digitale Bildung wie für die Gestaltung der gemeinsamen Zukunft unterstützt werden.

Gemeinsame Kräfte im Kampf gegen Krebs bündeln

In den zurückliegenden Jahren konnte die Krebsforschung große Erfolge erzielen. Trotzdem erkranken in Europa jährlich rund 2,7 Millionen Menschen neu an Krebs, während gleichzeitig ca. ein Drittel der Krebsfälle vermeidbar wären. Forschung ist unser wichtigstes Werkzeug gegen Krebs. Kein Mitgliedstaat, keine Einrichtung, keine Disziplin oder Akteursgruppe kann im Alleingang wesentliche Fortschritte bei der medizinischen Behandlung oder auch bei der Prävention und Vorsorge erreichen.

Mit dem nationalen Krebsplan und der Nationalen Dekade gegen Krebs hat Deutschland klare Akzente für die Krebsbekämpfung gesetzt. Dabei sind u.a. die weitere Stärkung der Krebsprävention sowie die Verbesserung und der Ausbau von Früherkennungs- und Screeningverfahren Schwerpunktthemen.

Kräfte und Kapazitäten gilt es verstärkt sowohl national als auch europäisch zu bündeln. Zukünftig werden gezielt Forschung und Innovationen zu Krebs in der Krebsforschung gefördert, um den Transfer von Ergebnissen aus der präklinischen Forschung in neuartige, spezifische und effektive Anwendungen und Strategien für die Prävention, Diagnose und Früherkennung sowie Therapie zu beschleunigen.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sieht eine gemeinsame Erklärung mit den Partnern der Trio-Präsidentschaft vor. Dabei soll das Thema Krebs bei allen drei Partnern ein gemeinsamer Schwerpunkt der Forschung werden. Gleichzeitig soll dafür plädiert werden, dass die Krebsbekämpfung gerade durch mehr gemeinsame europäische Forschung vorangebracht werden kann. Die Erklärung soll im Rahmen der forschungspolitischen Konferenz „Europe: Unite Against Cancer“ unterzeichnet werden. Diese dient auch der Vernetzung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern sowie Vertreterinnen und Vertretern der europäischen Patientenschaft. So sollen künftig möglichst viele Krebsneuerkrankungen verhindert werden. Krebspatientinnen und -patienten soll ein besseres Leben ermöglicht werden.

Bioökonomie – Mit nachwachsenden Ressourcen und biologischem Wissen zu einer nachhaltigen Wirtschaft

Die Bioökonomie – eine nachhaltige, zirkuläre Wirtschaft auf Basis nachwachsender Rohstoffe und der Nutzung des enormen Innovationspotenzials der modernen Lebenswissenschaften – ist ein wesentlicher Baustein auf dem Weg hin zu einem nachhaltigen, klimaneutralen Europa im Sinne des aktuellen europäischen Grünen Deals.

Die Veröffentlichung der neuen Nationalen Bioökonomiestrategie der Bundesregierung im Januar 2020, das Wissenschaftsjahr 2020|21 – Bioökonomie und der dritte Global Bioeconomy Summit (GBS) im November 2020 in Berlin bilden die Grundlage für einen erfolgreichen weiteren Ausbau der nachhaltigen Bioökonomie in den kommenden Jahren – in Deutschland, Europa und weltweit. Der europäische Grüne Deal dient als Fahrplan zur Erreichung einer nachhaltigen EU-Wirtschaft, der Erholung nach der COVID-19-Krise und größerer Resilienz.

Der Einsatz biogener Rohstoffe ermöglicht eine nachhaltige, biobasierte und kreislauforientierte Wirtschaftsweise. Aufgrund der regional unterschiedlichen Verfügbarkeiten von und Bedarfe an Rohstoffen braucht es insbesondere europäischer und internationaler Absprachen. Daher wird anlässlich des Global Bioeconomy Summits ein gemeinsames Communiqué mit politischen Handlungsempfehlungen verabschiedet werden – eine Richtschnur, um in Europa und darüber hinaus Synergien zwischen den bioökonomischen Ansätzen der Ländern zu nutzen und zu vertiefen.

Zudem sollen zahlreiche Aktivitäten eine breite Öffentlichkeit für das Thema Bioökonomie begeistern. Eine offene Diskussion in allen gesellschaftlichen Bereichen ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen Transformationsprozess.

Im Spannungsfeld zwischen Globalisierung, Urbanisierung und wachsender Weltbevölkerung kommt es darauf an, unsere Lebensmittelsysteme nachhaltiger und schockresistenter zu gestalten. Die Strategie „Farm to Fork“ des europäischen Grünen Deals hebt die Bedeutung stabiler und verlässlicher Wertschöpfungsketten im Ernährungsbereich hervor und die Corona-Pandemie hat sie uns vor Augen geführt. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft wird sich anlässlich des Welternährungstags 2020 zusammen mit der EU, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), der Innovationsgemeinschaft „EIT Food“ des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT) und weiteren Akteuren für mehr Forschung, Entwicklung und Innovation einsetzen. Ziel ist es, einen Beitrag zu einer hochwertigen Ernährung zu sichern, die Versorgung mit einer neuen Vielfalt von nachwachsenden Rohstoffen zu gewährleisten und gleichzeitig Umwelt, Ressourcen und Klima zu schützen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung stärken

In Zeiten globaler Unsicherheiten und Herausforderungen ist es wichtig, neben digitalen Fähigkeiten allen Lernenden auch Kompetenzen zu vermitteln, die über rein kognitives Wissen hinausgehen. Sie sollen kritisch, reflektiert und systemisch denken und handeln lernen, um auch in unsicheren Situationen problemlösungsorientiert im Sinne der Nachhaltigkeit zu agieren. Hier wird die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) als Schlüssel gesehen, um dies zu ermöglichen.

Im Rahmen der EU Ratspräsidentschaft plant Deutschland einen Austausch der Mitgliedstaaten über ihre Erfahrungen zur Verankerung von BNE in allen Bildungssektoren – mit Fokus auf digitale Lernsettings – und die Sammlung geeigneter Maßnahmen über einen gemeinsamen Call for Action. Dieser soll der Unterstützung der Umsetzung von BNE auf europäischer Ebene im neu gestarteten UNESCO Programm Education for Sustainable Development: Towards achieving the SDGs (ESD for 2030) dienen. Damit würde zudem eine Positionierung der EU auf der UNESCO-Weltkonferenz zum Auftakt des Programms im Mai 2021 in Berlin eingebracht werden können. Die Mitgliedstaaten unterstützen damit die Position der EU, Nachhaltigkeit und den europäischen Grünen Deal mit Tatkraft umzusetzen und Bildung als wichtigen Hebel zu stärken.

Leipzig-Charta für die nachhaltige Stadtentwicklung - Impulse aus der Wissenschaft

Die Städte Europas stehen vor großen Herausforderungen: Klimawandel, demografischer Wandel, Wandel des Mobilitätsverhaltens. Für eine nachhaltige, zukunftsgerichtete Entwicklung müssen Stadt, Umland und ländlicher Raum zusammen gedacht werden, denn sie sind aufeinander angewiesen. Es bedarf neuer Stadt-Land-Partnerschaften und neuer Formen der Zusammenarbeit über administrative Grenzen hinweg, um die wachsende Kluft zwischen den Lebenswelten der Stadt und des ländlichen Raums zu überwinden.

Als wichtigen Impuls für die Leipzig-Charta bringt die internationale wissenschaftliche Konferenz „URP 2020 – Urban-Rural Partnerships“ vom 25.-27. November 2020 in Leipzig rund 300

Expertinnen und Experten zusammen, um über neueste Ansätze der Stadt-Land-Forschung zu beraten. Auch die geplante europäische Partnerschaft der Joint Programming Initiative Urban Europe – „Driving Urban Transitions to a Sustainable Future (DUT)“ – leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Damit werden wissenschaftlich fundierte Grundlagen zur Umsetzung der neuen Leipzig-Charta und der Territorialen Agenda geschaffen und neue Impulse gegeben.

II. Brüsseler Agenda und Dossiers

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft strebt an, sowohl anstehende Rechtsakte und europäische Strategien so weit wie möglich zum Abschluss zu bringen als auch neue Initiativen und Aktivitäten anzustoßen.

Welche Legislativvorhaben tatsächlich in die deutsche EU-Ratspräsidentschaft fallen, hängt maßgeblich vom Verlauf der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab.

i. Rechtsakte und Initiativen

Horizont Europa (2021-2027)

Der Rat und das Europäische Parlament haben sich im Frühjahr 2019 auf die wesentlichen Inhalte des Programms geeinigt. Das Programm soll demnach mit einem Budget von rund 94 Mrd. Euro ausgestattet werden. Von der Einigung bisher ausgeklammert sind die Budgetverteilung, die erst nach Abschluss der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU verhandelt werden kann, die Drittstaatenbeteiligung und Synergien mit anderen Programmen. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft wird sich für das Fortführen und, wenn möglich, für den Abschluss der Verhandlungen einsetzen.

Erasmus+ (2021-2027)

Erasmus+, das europäische Bildungsprogramm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, ist eine europäische Erfolgsgeschichte: Fast zehn Millionen Menschen haben seit 1987 mit Erasmus Auslandserfahrung gesammelt. Erasmus+ ist das einzige Programm, das potentiell alle EU-Bürgerinnen und Bürger erreicht. Ein Schwerpunkt betrifft die Entwicklung von innovativen Bildungskonzepten, einschließlich der Nutzung von digitalen Formaten und damit einen Bereich, der derzeit alle Mitgliedstaaten vor Herausforderungen stellt, sowie auch die Unterstützung politischer Reformen. Darüber hinaus soll das neue Programm die Beteiligung von sozio-ökonomisch benachteiligten Gruppen verbessern. Die Mitgliedstaaten haben sich schon früh auf eine gemeinsame Position geeinigt. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft wird sich auch hier für einen raschen Abschluss der Verhandlungen einsetzen.

Künftige institutionalisierte Partnerschaften (auf Basis von Art. 185 und Art. 187 AEUV)

Die Weiterentwicklung der institutionalisierten Forschungs- und Innovationspartnerschaften bzw. die Konsolidierung der bestehenden Partnerschaftslandschaft (etwa „Joint Programmes“ und „Joint Undertakings“) wird seit 2018 verhandelt. Partnerschaften sind ein wichtiges Instrument zur Zusammenarbeit im Europäischen Forschungsraum. Ihre zukünftige Schwerpunktsetzung und die Beteiligung von Mitgliedstaaten und Partnern etwa aus der Industrie werden deshalb die Debatte um die Neuausrichtung des EFR entscheidend mitprägen. Vorbehaltlich des Abschlusses der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen wird die deutsche EU-Ratspräsidentschaft auf eine Einigung über institutionalisierte Partnerschaften hinarbeiten.

Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) und Strategische Innovationsagenda

Das EIT ist eine Gründung der EU mit dem Ziel, die Zusammenarbeit der leistungsfähigsten Institute, Universitäten und industriellen Forschungszentren zu stärken. Der Auftrag des EIT zielt auf die Stärkung des „Wissensdreiecks“ Innovation/Bildung/Forschung. Nach den "Teilweisen Allgemeinen Ausrichtungen" des Rats zur EIT-Verordnung und zur Strategischen Innovationsagenda (SIA) unter finnischer bzw. kroatischer Präsidentschaft, wird die deutsche EU-Ratspräsidentschaft den Abschluss der Verhandlungen vorantreiben.

Euratom-Programm für Forschung und Ausbildung (2021-2025)

Der Vorschlag für die Verordnung des Rates über das Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2021-2025) in Ergänzung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation Horizont Europa wurde im Juni 2018 von der Kommission vorgelegt. Der Abschluss der Verhandlungen könnte, parallel zu Horizont Europa, in die deutsche EU-Ratspräsidentschaft fallen.

Ratsschlussfolgerungen Europäischer Forschungsraum

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sieht Ratsschlussfolgerungen für den Bereich Forschung und Innovation vor, um den EFR Forschungsraum substantiell zu stärken. Die europäische Forschungszusammenarbeit ist eine Notwendigkeit, die sich in besonderem Maße in der aktuellen Krise zeigt. Den EFR dynamischer, solidarischer und zielgerichteter zu gestalten, ist deshalb zentrales Ziel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

Bonner Erklärung

Ein Schwerpunkt der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft ist die Unterzeichnung der sog. Bonner Erklärung zwischen den Mitgliedstaaten und weiteren internationalen Partnern. Mit der Bonner Erklärung soll die breit angelegte Initiative zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit Europas politisch verbindlich gemacht werden. U.a. wird dies die Entwicklung von gemeinsamen Werten und -Prinzipien für effektive, freie und verantwortungsvolle Forschung und Innovation, die verbesserte Bewältigung der Transformationsprozesse, wie dem Klimawandel und einer wertebasierte Digitalisierung, sowie die verbesserte Partizipation mit der Gesellschaft beinhalten.

Ratsschlussfolgerungen Digitale Bildung

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sieht Ratsschlussfolgerungen für den Bereich Digitale Bildung vor, um deren Bedeutung in den Wissensgesellschaften Europas hervorzuheben und zu stärken. Dies soll durch den aktualisierten Aktionsplan Digitale Bildung, den die Europäische Kommission für das dritte Quartal 2020 angekündigt hat, unterstützt werden.

Ratsempfehlung Berufliche Bildung

Die Ratsempfehlung (RE) Berufliche Bildung wird als Teil der aktualisierten Agenda für Kompetenzen (Paket von Maßnahmen zur beruflichen Bildung und Erwachsenenbildung) vorgelegt werden. Die RE Berufliche Bildung wird die Stärkung der Fort- und Weiterbildung auf erhöhtem Niveau und deren Gleichwertigkeit zur akademischen Bildung thematisieren sowie die Stärkung der arbeitsplatzbasierten beruflichen Bildung und die Weiterentwicklung eines europäischen Berufsbildungsraums. Die RE Berufliche Bildung wird eine Grundlage für die ebenfalls geplante Osnabrück Erklärung sein.

Osnabrück-Erklärung

Ein Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ist die Unterzeichnung der sog. „Osnabrück Erklärung“ zwischen den Mitgliedstaaten, EEA/EFTA-Ländern und den Sozialpartnern. Die Ziele der Erklärung sind u.a. eine exzellente Berufsbildung auf Hochschulniveau und damit eine Gleichwertigkeit der beruflichen mit der akademischen Bildung zu entwickeln sowie die Durchlässigkeit von der akademischen in die berufliche Bildung zu verbessern und die grenzübergreifende Zusammenarbeit zu intensivieren. Damit soll der Kopenhagen-Prozess einen neuen Impuls erhalten.

Ratsschlussfolgerungen zur Initiative Europäische Universitäten

Die Initiative „Europäische Universitäten“ geht auf einen Vorschlag des französischen Präsidenten Macron zurück. Die Europäischen Universitäten werden unter Erasmus+ (2014-2020) seit Herbst 2019 als Pilotprojekte gefördert. Zusammen mit den Partnern der Trio-Präsidentschaft, Portugal und

Slowenien, sowie der Vorgängerpräsidentschaft Kroatiens, sind Ratsschlussfolgerungen dazu vorgesehen. Diese sollen auch der besseren Verknüpfung von Bildung und Forschung dienen.

ITER

Der „International Thermonuclear Experimental Reactor“ (ITER) ist ein Kernfusionsreaktor und ein internationales Forschungsprojekt mit dem Fernziel der Stromerzeugung aus Fusionsenergie. Die Kommission hat im Juni 2018 einen Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Änderung der Entscheidung 2007/198/Euratom über die Errichtung des europäischen gemeinsamen Unternehmens für den ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie vorgelegt. Der Abschluss der Verhandlungen könnte, parallel zu Horizont Europa, in die deutsche EU-Ratspräsidentschaft fallen.

ii. Ratstagungen zu Bildung und Forschung

- **Rat für Wettbewerbsfähigkeit/Teil Forschung**, 25. September
- **Rat für Wettbewerbsfähigkeit/Teil Forschung**, 27. November
- **Formeller Bildungsministerrat**, 30. November

III. Veranstaltungen

Die Ausrichtung von Veranstaltungen in physischer Form steht aufgrund der aktuellen Gefährdungslage durch den Covid-19-Ausbruch unter Vorbehalt. In einigen Fällen wird das Bundesministerium für Bildung und Forschung Konferenzen und Ministertreffen als Videokonferenz oder in hybrider Form (physisch und virtuell) abhalten.

Informelle Ministertreffen

- **Informelles Treffen der Minister für Wettbewerbsfähigkeit/Teil Forschung**, 21. Juli
- **Informelles Bildungsministertreffen**, Osnabrück, 16. – 17. September
- **Ministerkonferenz zum Europäischen Forschungsraum**, Bonn, 20. Oktober

Fachveranstaltungen (Auswahl)

- **Innovative Hochschule - Third-Mission Possible**, 21. - 22. September
- **Marie Skłodowska-Curie Actions (MSCA) Präsidentschaftskonferenz**, 29. - 30. September
- **European Science & Education for Sustainability Forum**, 6. - 7. Oktober
- **University: Future Festival - Learning and Systems in a Digital Society**, 6. - 8. Oktober
- **“Europe Unite Against Cancer”**, 13. Oktober
- **“The Citizen Science SDG Conference: Knowledge for Change – A decade of citizen science (2020-2030) in support of the Sustainable Development Goals”**, 14. - 15. Oktober
- **Arbeitsforschungstagung beyond-work2020**, 21. - 22. Oktober
- **Industrial Technologies 2020 - „Transition to Sustainable Prosperity“**, 27. - 28. Oktober
- **Carbon2Chem**, 27. - 28. Oktober
- **Europäische Woche der beruflichen Bildung**, 9. - 12. November
- **Global Bio-Economy Summit**, 19. - 20. November
- **Preparing for tomorrow: The future of civil security research, for people, for society, for Europe**, 25. - 26. November

Eine Übersicht aller Veranstaltungen findet sich im Kalender der deutschen EU-Ratspräsidentschaft: eu2020.de.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium
für Bildung und Forschung (BMBF)
Referat Projektgruppe „EU-Ratspräsidentschaft“
53170 Bonn

Stand

Juni 2020

Text

BMBF

Gestaltung und Redaktion

BMBF, DLR-Projektträger

Druck

BMBF

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung kostenlos herausgegeben. Sie ist nicht zum Verkauf bestimmt und darf nicht zur Wahlwerbung politischer Parteien oder Gruppen eingesetzt werden.

eu2020.de

bmbf.de